

# Zeitpolitik

## Beschleunigung als Herausforderung der politischen Philosophie

### Politics of time

### Acceleration as a challenge for political philosophy

JOHANNES MÜLLER-SALO, MÜNSTER & MANON WESTPHAL, MÜNSTER

*Abstract:* In der Soziologie der Zeit sind in den vergangenen Jahren Prozesse gesellschaftlicher und politischer Beschleunigung diskutiert worden, die demokratische Politik vor große Herausforderungen stellen. Diese Herausforderungen und Antwortstrategien, die der politischen Philosophie zur Verfügung stehen, werden im vorliegenden Aufsatz diskutiert. Dabei wird von der Beschleunigungsdiagnose Hartmut Rosas ausgegangen. Rosa zufolge ist die Moderne durch die funktionale Differenzierung der Gesellschaft geprägt, durch die Entstehung gesellschaftlicher Teilsysteme, die ihrer jeweils eigenen Funktionslogik folgen. Charakteristisch für diese Teilsysteme sei die Entwicklung eigener Zeitrhythmen, die sich in unterschiedlichem Maße beschleunigen lassen. Dieses führe zu unterschiedlichen Entscheidungsgeschwindigkeiten – mit fatalen Folgen für die politische Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft: Da demokratische Politik nur in Grenzen beschleunigt werden kann, werde die Politik von anderen Teilsystemen abgehängt, in denen – wie etwa in der Wirtschaft, der Finanzwelt und der Wissenschaft – deutlich schneller entschieden wird. Die Politik könne auf diese Systeme keinen maßgeblichen Einfluss mehr nehmen, bestenfalls auf dort getroffene Entscheidungen reagieren, aber nicht mehr effektiv gestalten. Zentrale Theorieansätze in der gegenwärtigen politischen Philosophie – etwa Theorien deliberativer Demokratie – entwickeln Vorschläge zur Verbesserung demokratischer Prozesse, die mit einer Intensivierung des Zeitaufwandes für politisches Handeln einhergehen und so lange als unrealistisch erscheinen müssen, wie auf die Beschleunigungsdiagnose keine überzeugende Antwort gefunden ist. Eine Theorie effektiver Zeitpolitik vermag eine solche Antwort zu geben. Dieser Artikel entwickelt die Konturen einer solchen Theorie in zwei Schritten. Zunächst wird heraus-

*Alle Inhalte der Zeitschrift für Praktische Philosophie sind lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.*



gearbeitet, inwiefern Rosas Diagnose auf einer spezifischen, starken Interpretation der These funktionaler Differenzierung beruht, die zu problematisieren und durch ein alternatives Verständnis funktionaler Differenzierung zu ersetzen ist. Auf dieser Grundlage werden zwei Instrumente politischer Entscheidungsfindung – Befristung und Kompromiss – sowie ein politisches Handlungsfeld – die globale Politik – benannt, die das Programm einer effektiven Zeitpolitik veranschaulichen können.

*Schlagwörter:* Befristung, Beschleunigung, deliberative Demokratie, funktionale Differenzierung, Kompromiss

*Abstract:* Within the last ten years, sociologists of time discussed several processes of societal and political acceleration that deeply influence the shape and scope of democratic politics. This paper discusses how political philosophy can confront the problem of acceleration and defend the possibility of democratic self-government. The sociological analysis of acceleration is discussed by reference to the influential work of Hartmut Rosa. According to Rosa, modern societies are functionally differentiated. Different subsystems fulfil different functions and each subsystem develops its own functional logic and “time rhythm”, *i.e.* its own speed of decision-making. The process of decision-making can be accelerated, but only to a certain degree and depending on the specific nature of the subsystem. As a consequence, different subsystems possess very different speeds of decision-making; while high-speed decisions are possible in economics, financial markets and science, the political system cannot be accelerated to a similar degree. Rosa concludes that democratic politics therefore loses its influence on other subsystems operating with higher speed. It mainly reacts to decisions made elsewhere, but does no longer effectively shape society.

Important theories within current political philosophy, *e.g.* theories of deliberative democracy, propose reforms of political systems that render politics more inclusive and participatory, but will lead to forms of decision-making that are far more time-consuming. Such theories are too abstract and remain unrealistic as long as they provide no convincing answer to the diagnosis of acceleration. This paper develops such a two-stage answer that aims to defend the possibility of an effective “politics of time” in order to preserve those temporal scopes that are needed for democratic decision-making. First, a premise that is central to Rosa’s argument will be analyzed: it relies on a strong interpretation of functional differentiation, which can be criticized and replaced by an alternative interpretation. Based on this proposal, we will, second, explore two instruments of decision-making – sunset legislation and compromise – and one policy field – global politics – that illustrate the agenda of an effective “politics of time”.

*Keywords:* Acceleration, compromise, deliberative democracy, functional differentiation, sunset legislation

## 1. Einleitung

Die zeitliche Verfasstheit des Politischen findet in der politischen Philosophie noch immer kaum Beachtung. Dieser Befund ist umso überraschender, als die Soziologie längst die Bedeutung von Zeitlichkeit für die Konstitution des Gesellschaftlichen erkannt hat und die Soziologie der Zeit inzwischen fest etabliert ist.<sup>1</sup> In einigen der zeitsoziologischen Studien der letzten Jahre, vor allem in den Werken Hartmut Rosas, ist dabei eine Diagnose der politisch-sozialen Entwicklung formuliert worden, die die politische Philosophie grundlegend herausfordert. Diese Herausforderungen gilt es zu bestimmen und Konturen von Antwortstrategien zu entwickeln, die der politischen Philosophie zur Verfügung stehen können.

Zuerst werden wir die Kernthese der zeitsoziologischen Diagnose Hartmut Rosas darstellen (2). Es ist nach Rosa ein bestimmendes Charakteristikum der Moderne, dass sich die gesellschaftlichen Bereiche wie etwa Wirtschaft, Wissenschaft oder eben auch Politik in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickeln. Ein besonderes Merkmal der Politik ist Rosa zufolge, dass sie ein gewisses Mindestmaß an Zeit benötigt, um gut zu funktionieren, und dass sie tendenziell, aufgrund gewisser struktureller Bedingungen, sogar langsamer wird, während sich andere gesellschaftliche Teilsysteme immer stärker beschleunigen. Ausgehend von dieser Darstellung wenden wir uns der normativen Theoriebildung zu. Viele wichtige Ansätze gegenwärtiger politischer Philosophie wie die deliberative Demokratietheorie entwickeln Modelle zur Qualitätssteigerung politischen Entscheidens, deren Umsetzung zu einer weiteren Verlangsamung des politischen Systems führen würde. Solche Modelle erscheinen so lange als wirklichkeitsfremde Spekulation, wie sie keine überzeugende Antwort auf die Beschleunigungsdiagnose zu geben vermögen (3).

Eine *Theorie effektiver Zeitpolitik*, wie sie in den dann folgenden Abschnitten dieses Aufsatzes entwickelt wird, sucht eine solche, normative Ideen demokratischer Selbstbestimmung verteidigende Antwort zu formulieren. Dazu werden wir zunächst Rosas Skepsis gegenüber demokratischer Zeitpolitik kritisch hinterfragen. Diese beruht auf einem wenig plausiblen, starken Verständnis funktionaler Differenzierung (4). Wir argumentieren, dass sich auf Grundlage einer plausibleren, schwächeren Lesart von Diffe-

---

1 Als eine frühe zeitsoziologische Studie kann Elias 1998 [1984] gelten. Als wichtige zeitsoziologische Studien im deutschsprachigen Raum sind zu nennen: Nowotny 1993; Nassehi 1993.

renzung ein Spielraum für demokratische, effektive Zeitpolitik auftritt. Abschließend zeigen wir exemplarisch auf, wie eine solche Politik ausgestaltet werden kann, die Antworten auf die Herausforderungen gesellschaftlicher Beschleunigung im Sinne der normativen Idee demokratischer Selbstbestimmung formuliert (5).

## 2. Die Diagnose

Hartmut Rosas Theorie der Moderne bestimmt Beschleunigung als zentrales Charakteristikum der Entwicklung westlicher Gesellschaften in den vergangenen Jahrhunderten.<sup>2</sup> Beschleunigung, von Rosa allgemein als Mengensteigerung pro Zeiteinheit bestimmt (94, 115), ist dabei nicht als eine Leitkategorie neben anderen zu verstehen, sondern als fundamentales Entwicklungsprinzip (51), zu dem sich alle weiteren Kriterien der Modernisierung wie Rationalisierung (Weber), Differenzierung (Durkheim, Luhmann), Individualisierung (Simmel) und Veränderung des Naturverhältnisses (Marx) in Beziehung setzen lassen (105–111, 435, 439f.).<sup>3</sup>

Für das hier zu untersuchende Problem ist der Zusammenhang von Ausdifferenzierung und Beschleunigung entscheidend (z. B. 95f., 296–298). Rosa hält an der etwa mit Durkheim und Luhmann zu verbindenden These fest, wonach für moderne Gesellschaften Prozesse der funktionalen Aus-

---

2 Rosa 2005; 2012; 2013. Im Folgenden wird auf das Werk von 2005 Bezug genommen. Im Text angegebene Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch. Alle Kursivierungen in den entnommenen Zitaten stammen von Rosa selbst.

3 Rosas historische Analyse geht zum einen von drei externen „Motoren“ moderner Beschleunigung aus: dem ökonomischen Motor des Kapitalismus mit seinem strukturell bedingten Beschleunigungsdrang (257ff.); dem kulturellen Motor, der seine religiöse Gestalt in der protestantischen Ethik mit ihrer Kritik an Zeitverschwendung (282) findet, in der Spätmoderne in säkularisierter Form als Verheißung des maximalen Genusses von Lebensoptionen durch beschleunigte Nutzung dieser Optionen zurückkehrt (288ff.); und dem sozialstrukturellen Motor, der vor allem in den durch gesellschaftliche Differenzierung freigesetzten Beschleunigungspotentialen sichtbar wird (295ff.). Neben diesen äußeren Kräften entwickelt sich ein interner, sich selbst antreibender Beschleunigungszirkel: Technische Innovation führt zur Beschleunigung des sozialen Wandels. Das Individuum antwortet mit einer Steigerung des Lebenstempos und verlangt nach technischer Unterstützung zur Bewältigung der Geschwindigkeitssteigerung, womit der Zirkel geschlossen ist (z. B. 251).

differenzierung charakteristisch sind.<sup>4</sup> Die Gesellschaft differenziert sich in verschiedene Teilsysteme aus, die sich Rosa zufolge nicht nur gegenüber äußeren Einflüssen abschotten, sondern auch ihre eigenen teilsystemischen Zeitrhythmen, ihre „Eigenzeiten“,<sup>5</sup> ausbilden. Diese Eigenzeiten entwickeln sich zunehmend so auseinander, dass sie sich immer schwerer gesamtgesellschaftlich synchronisieren lassen (308).

Für moderne Demokratien hat dieser Befund einschneidende Konsequenzen. Damit demokratische Politik ihre gesellschaftlichen Steuerungsansprüche verwirklichen kann, muss sie so organisiert sein, dass ihre grundlegenden Handlungseinheiten nicht mehr Zeit in Anspruch nehmen als die grundlegenden Handlungseinheiten anderer Teilsysteme (391f.). Ansonsten kann sie keinen gesellschaftlichen Kurs mehr vorgeben, sondern hinkt stattdessen den Entwicklungen anderer Teilsysteme hinterher.

Für Rosa kennzeichnet demokratische Politik in der Moderne, dass diese sich zunächst, in Verbindung mit dem Aufbau staatlicher Bürokratie, gegenüber überkommenen Regierungsformen wie der Monarchie als handlungsfähiger, schneller und effizienter erwiesen hat und somit als Motor der modernen gesellschaftlichen Beschleunigung angesehen werden muss (156, 311f., 393).<sup>6</sup> In der Spätmoderne jedoch gerät demokratische Politik unter Druck und wird von anderen Teilsystemen mit schnelleren Zeitrhyth-

- 
- 4 Vgl. 105f., wo vorgeschlagen wird, „dass der Modernisierungsprozess [...] (gesellschafts)strukturell als *Differenzierung* [...] interpretiert werden kann“.
- 5 Wir folgen an dieser Stelle der Begrifflichkeit Rosas, auch wenn der Begriff der *Eigenzeit* problematisiert werden kann: Resultat von Differenzierung und Beschleunigung sind keine verschiedenen Eigenzeiten – keine systemspezifischen Zeitvorstellungen, Zeitmessungen etc. –, sondern basale Zeitsequenzen – für das Ausführen von teilsystemisch basalen Handlungen benötigte Zeitspannen – von sehr verschiedener Länge.
- 6 Rosa verweist darauf, dass noch Max Weber in der modernen Bürokratie die schnellste und effizienteste Form der Verwaltung sah (312, Fn. 5), während sie uns heute als „Paradebeispiel der *Ineffizienz*, d. h. der *Langsamkeit* und der *Inflexibilität* [gilt], und zwar just aufgrund jener Prinzipien, in denen Weber einst ihre Rationalität und Schnelligkeit begründet sah, wie der *Aktenmäßigkeit aller Vorgänge*, der strikten *Einhaltung der Dienstwege*, der unilinearen *Hierarchie der Befugnisse und Anordnungen*, der Herausbildung *fester Arbeitsroutinen* etc.“ (325).

men immer weiter abgehängt.<sup>7</sup> Der Grund hierfür liegt nach Rosa auf der Hand: Gesellschaftliche Teilsysteme können in höchst unterschiedlichem Maße beschleunigt, die jeweiligen teilsystemischen Zeitrhythmen verschieden stark gesteigert werden. Demokratische Politik ist hingegen nur in sehr engen Grenzen beschleunigungsfähig (395f.). Es fällt nicht schwer, für diese These nach Beispielen zu suchen: Computergestützte Transaktionen in der Finanzwelt können in Bruchteilen von Sekunden abgewickelt werden; ähnlich schnell kann im Wirtschaftssystem gehandelt werden. Dem stehen grundlegende Handlungseinheiten etwa in den Systemen von Politik und Recht gegenüber, die ein solches Tempo unter keinen Umständen werden erreichen können. Die Diskussion und demokratische Beschlussfassung einer Gesetzesvorlage oder auch die ordnungsgemäße Durchführung eines Gerichtsverfahrens benötigen eine gewisse Zeit.<sup>8</sup>

Es ist aus Rosas Sicht jedoch nicht nur die spätmoderne Beschleunigung bestimmter Gesellschaftssysteme, die zu einer zunehmenden Desynchronisation von teilsystemischen und demokratischen Prozessen führt. Die Krise der Politik wird dadurch noch weiter verschärft, dass politische Prozesse in der Spätmoderne dazu neigen, *immer mehr Zeit* in Anspruch zu nehmen. Nicht nur werden Wirtschaft und Finanzwelt immer schneller, Politik wird auch immer langsamer (410). Das hat laut Rosa drei Gründe. Erstens erweitert sich beständig der Bereich dessen, was politisch regulierbar ist. Da viele neue politische Entscheidungen, gerade im technischen Bereich, von enormer zeitlicher Folgewirkung sind, steigt der Bedarf an Informationen und der Zeitaufwand der Entscheidungsfindung (411).

Zweitens werden durch das hohe Tempo des gesellschaftlichen Wandels die Randbedingungen politischer Entscheidungen immer instabiler (411f.). Das Auseinandertreten von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont, wie Reinhart Koselleck dieses Problem in seiner historischen Semantik zu bestimmen suchte (Koselleck 1989, insbes. 38–66, 349–375), führt dazu, dass „die Gegenwart“, verstanden als der Zeitraum, innerhalb dessen ver-

7 Rosa schlägt vor, „von *Spätmoderne* in struktureller, von *Postmoderne* dagegen in kultureller Perspektive zu reden“ (49, Fn. 76). Rosas Überlegungen legen nahe, den entscheidenden Umschwung von der klassischen Moderne zur Spät- bzw. Postmoderne in dem Zeitraum der späten 1970er bis Mitte der 1990er Jahre zu verorten, vgl. 335f., 455f.

8 Neben den Teilsystemen von Recht und Politik ist etwa auch das Bildungssystem zu nennen, welches „für das Transaktionstempo der globalisierten Moderne“ zu langsam geworden ist (48).

gangene Ereignisse zukünftiges Handeln orientieren können, immer kleiner wird.<sup>9</sup> Je weniger sie aus der Erfahrung des Vergangenen auf die Zukunft schließen kann, desto zeitaufwendiger wird Politik, da sie mögliche Szenarien durchspielen, komplexe Prognosen erstellen und bewerten und sich beständig Wege zur Veränderung des Beschlossenen im Falle neu auftretender Schwierigkeiten offenhalten muss.

Drittens führt die kulturelle Pluralisierung moderner westlicher Gesellschaften in der Postmoderne dazu, dass der Zeitbedarf politischer Entscheidungen wächst, da immer weniger Einigkeit unter den beteiligten Akteuren vorausgesetzt werden kann. „Denn je geringer der voraussetzbare Wertekonsens einer Gesellschaft ist und je weniger traditionalistisch oder konventionalistisch die Begründungs- und Legitimationsprinzipien der politischen Auseinandersetzungen werden, umso schwieriger wird es, eine Übereinkunft zu finden bzw. einen zustimmungsfähigen politischen Willen zu formen“ (412).

Das Ergebnis ist aus Rosas Sicht ernüchternd. Um überhaupt noch Spielräume zu bewahren oder die Auswirkungen bestimmter Entwicklungen beeinflussen zu können, nimmt die Politik ihren Gestaltungsanspruch konsequent zurück. Das zeigt sich für Rosa darin, dass immer mehr Entscheidungen von der Legislative hin zur schneller agierenden Exekutive verlagert,<sup>10</sup> politisch strittige Themen an Verfassungsgerichte übertragen, die Wirtschaft dereguliert und immer mehr Aufgaben privatisiert werden (327, 415). Politik nimmt nicht mehr für sich in Anspruch, große gesellschaftliche Reformen zu initiieren. Stattdessen gelten die „*Vordringlichkeiten des Befristeten*“ und die „*Rhetorik des Sachzwangs*“ (417f.). Die Zeit klassisch demokratischer Politik, die Zeit des großen Projektes der Moderne, scheint abgelaufen zu sein.<sup>11</sup>

9 Dieses Phänomen hat Hermann Lübke treffend als „Gegenwartsschrumpfung“, d. h. als „Verkürzung der Zahl der Jahre, für die sich mit konstanten Lebensverhältnissen rechnen läßt“, bezeichnet. Lübke <sup>3</sup>2003, 34. Vgl. dazu auch ebd., 399–404.

10 Rosa geht hierauf nur kurz ein (394). Der Gedanke, dass die Exekutive zu schnellerem politischen Entscheiden befähigt und deshalb mit besonderen Vollmachten auszustatten ist, ist in der politischen Philosophie immer wieder formuliert worden. Vgl. Scheurman 2004, 49–67. Für ein klassisches Beispiel vgl. Locke 2007, 127f. (*Second Treatise*, Kap. 13, § 156).

11 So blickt Rosa auch entsprechend pessimistisch auf die weitere Entwicklung der spätmodernen Gesellschaften. Nachdem er einige mögliche Optionen skiz-

### 3. Die politische Herausforderung

Wenngleich die These einer *allumfassenden* Beschleunigungsdiagnose hinterfragt werden kann, lässt sich nur schwer bestreiten, dass in vielen relevanten Bereichen gesellschaftlichen Lebens – von der Dauer von Arbeitsverträgen über die Finanzpolitik bis hin zur Taktung von Produktions- und Verkaufsprozessen – Beschleunigungsphänomene beobachtet werden können. Dass sich die Politik nur bedingt dem Tempo entsprechender Beschleunigungs- und Komplexitätssteigerungen anpassen kann, liegt ebenfalls auf der Hand: Politische Beratungen und Beschlussfassungen brauchen eine gewisse (Mindest-)Zeit. Eine Zunahme der Zahl entscheidungsbedürftiger Fragen macht entweder eine Steigerung der Zeiteinheiten politischer Entscheidungsfindung oder aber grundsätzliche Veränderungen der Rolle oder des Funktionsmodus von Politik notwendig.

Eine mögliche Reaktion der politischen Philosophie auf Rosas zeitsoziologische Diagnose könnte sein, eine prinzipiell pessimistische Prognose mit Blick auf demokratische Steuerungsmöglichkeiten zu geben. Sofern die gesellschaftlichen Beschleunigungsprozesse nachhaltige Wirksamkeit entfalten und der notwendige Zeitaufwand demokratischer Prozesse verhindert, dass die Politik mit Veränderungen Schritt halten kann, werden Gesellschaften in der Zukunft demokratische Standards vermehrt aufgeben müssen. In diesem Sinne gäbe die Auseinandersetzung mit der Beschleunigungsdiagnose Anlass dazu, die kritische Bestandsaufnahme von Theorien der *Postdemokratie* zu unterstützen. Colin Crouch versteht unter einer Postdemokratie ein „Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt“ (Crouch 2008, 10). Statt bedeutsamer politischer Partizipation hält immer mehr die „neoliberale Rationalität“

---

ziert und verworfen hat, entwirft er ein geradezu apokalyptisches Szenario: „Den Verlust der Fähigkeit, Bewegung und Beharrung zu balancieren, so steht zu vermuten, wird die moderne Gesellschaft schließlich mit der Erzeugung nuklearer oder klimatischer Katastrophen, mit sich rasend schnell ausbreitenden neuen Krankheiten oder neuen Formen des politischen Zusammenbruchs und der Eruption unkontrollierter Gewalt bezahlen, die insbesondere dort zu erwarten stehen, wo die von den Beschleunigungs- und Wachstumsprozessen ausgeschlossenen Massen sich gegen die *Beschleunigungsgesellschaft* zur Wehr setzen.“ (489).

Einzug und „verdrängt [...] in der Politik demokratische durch unternehmerische Grundsätze“ (Brown 2012, 59). Rosas pessimistische Einschätzung der Möglichkeiten demokratischer Steuerung liest sich geradezu als ein zeitsoziologisches Komplement dieser Diagnosen: Ihre Beschleunigung hat moderne Gesellschaften auf den Weg in die Postdemokratie gebracht.

Ausgehend vom demokratischen Ideal, der „Denkfigur der Selbstgesetzgebung, wonach die Adressaten zugleich die Urheber ihrer Rechte sind“ (Habermas 1998, 135), erscheint es jedoch unbefriedigend, bei der postdemokratischen Bestandsaufnahme stehenzubleiben. Demokratische Gestaltungsansprüche zugunsten einer Beschleunigung von politischen Entscheidungs- und Handlungsabläufen zurückzufahren, mag eine pragmatische Reaktion auf die neuen gesellschaftlichen Umstände sein. Es ist aber eine normativ defizitäre Reaktion, die sich mit dem Ende einer am demokratischen Ideal orientierten Politik abfindet. Es sollte politischen Philosophinnen und Philosophen deshalb darum gehen, Vorschläge zu entwickeln, wie eine (sich weiter beschleunigende) Entwicklung in Richtung Postdemokratie verhindert werden kann. Es gilt, der Postdemokratie ein Szenario gegenüberzustellen, welches den Anspruch einer demokratisch gesteuerten Gestaltung von Gesellschaften unter Bedingungen einer allgemeinen Beschleunigung des sozialen Lebens wieder einzuholen vermag.

Ein solches Bestreben lässt die gegenwärtige politische Philosophie jedoch vermissen. Nicht nur wird das Problem der Beschleunigung nicht explizit adressiert. Demokratiemodelle, die in der Auseinandersetzung mit anderen Herausforderungen entwickelt werden – etwa mit dem Ziel, die rationale Qualität von politischen Entscheidungen zu verbessern oder die bürgerschaftliche Partizipation zu erhöhen –, würden, realisierte man sie in der Praxis, vielmehr zu einer *Intensivierung des Zeitaufwandes* politischer Entscheidungsfindung und damit noch zu einer Verschärfung der Beschleunigungsproblematik führen. Der augenscheinlichste Beleg für diese Tendenz ist die eindrucksvolle Konjunktur deliberativer Demokratietheorien in der politischen Philosophie und Theorie seit den 1990er Jahren (vgl. Landwehr 2012, 356f.). Zur Familie der deliberativen Demokratietheorien zählen allgemein Theorien, die auf der Idee basieren, dass politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse, die sich im Modus der Deliberation vollziehen – das heißt bestmöglich inklusiv sind, eine Bandbreite an relevanten Perspektiven einbeziehen, egalitär strukturiert sind und die inhaltliche Qualität angeführter Argumente prüfen –, für eine Annäherung politischer Entscheidungen an

das Ideal des Gemeinwohls sorgen können.<sup>12</sup> Ohne das normative Anliegen deliberativer Theorien oder den Erfolg bisheriger Realisierungsbestrebungen zu bewerten:<sup>13</sup> Eine Gestaltung demokratischer Politik als Deliberation impliziert eine Steigerung des aufzubringenden Zeitaufwandes. Unabhängig davon, ob deliberative Verfahren primär in der allgemeinen Öffentlichkeit, in den bereits etablierten Institutionen politischer Beratung und Beschlussfassung oder in eigens für die Erhöhung der Qualität politischer Entscheidungen eingerichteten Foren wie Ethikräten oder Mini-Publics<sup>14</sup> stattfinden sollen, müssen alle Modelle, die auf eine Steigerung der deliberativ operierenden Phasen demokratischer Politik zielen, eine Steigerung des für den politischen Prozess insgesamt zu veranschlagenden Zeitaufwandes akzeptieren. Kritisch den Inklusionsgrad von Diskussionen überprüfen, Maßnahmen für die Einbindung etwaig vernachlässigter Positionen ergreifen, eine sorgfältige Prüfung aller vorgetragenen Argumente durchführen – all diese Schritte sind zeitaufwendig und sorgen, im Vergleich etwa zu Verfahren, die im Anschluss an die Darlegung relevanter Positionen lediglich eine Abstimmung vorsehen, für eine Streckung jener Zeitspanne, die zwischen der Aufnahme eines politischen Prozesses und der politischen Entscheidungsfindung liegt.

Eine Demokratietheorie, die das Ideal der demokratischen Steuerung von Gesellschaften über eine Intensivierung der deliberativen Qualität von politischen Prozessen zu realisieren versucht, erscheint im Lichte der Beschleunigungsdiagnose als eine zu abstrakte Theorie, die die realen Bedingungen von Politik verkennt. Wer also *nicht* den Weg der Postdemokratie beschreiten, am Ideal einer demokratischen Gesellschaftsgestaltung festhalten und *zugleich* politische Philosophie für diese Welt mit ihren realen

---

12 Die Orientierung an einer rationalisierenden Funktion deliberativer Prozesse lässt sich trotz unterschiedlicher Vorstellungen von den Regeln, Praktiken und Zielen von Deliberation als Gemeinsamkeit von Theorien deliberativer Politik bezeichnen. Vgl. Buchstein 2016, 32; Landwehr 2012, 355.

13 Für aktuelle Überblicke über die kritische Debatte zu deliberativen Demokratietheorien s. Besson / Martí 2017; Flügel-Martinsen et al. 2014; Landwehr / Schmalz-Bruns 2014.

14 In Mini-Publics kommen Bürgerinnen und Bürger zusammen, die aus ihren Laienperspektiven über die jeweils betreffenden Gegenstände beraten sollen. Zu Formen und Funktionsweisen von Mini-Publics s. Goodin 2008, Kap. 3 (mit John S. Dryzek); Grönlund et al. 2014.

Strukturen und Zwängen betreiben möchte, muss entweder den zeitsoziologischen Befund mit guten Gründen zurückweisen oder aber darlegen, wie genuin demokratische Politik auch in Zeiten von Beschleunigungszwängen zu konzipieren und zu realisieren ist.

Eine *Theorie effektiver Zeitpolitik*, wie sie in den folgenden Abschnitten konturiert werden soll, beschreitet den zweiten Weg. Eine solche Theorie geht davon aus, dass die zeitsoziologische Diagnose ernst genommen werden sollte. Erstens spezifiziert sie, welche *strukturellen*, politisch nicht zu überwindenden Grenzen Beschleunigungsphänomene der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Belange setzen. Diese Grenzen sind, wie Abschnitt 4 zeigen wird, weiter zu bestimmen, als Rosa annimmt. Zweitens analysiert die Theorie, mit welchen Methoden und Instrumenten die verbliebenen Spielräume für eine effektive Zeitpolitik genutzt werden können und welchen Politikfeldern dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Diese Aufgabe ist Gegenstand von Abschnitt 5.

Die primäre Aufgabe von Zeitpolitik besteht in der politischen Gestaltung von gesellschaftlichen Zeitstrukturen, wobei der Befriedung von Zeitressourcenkonflikten und der Koordinierung abweichender teilsystemischer Zeitrhythmen eine besondere Bedeutung zukommt.<sup>15</sup> Als „effektiv“ bezeichnen wir eine Zeitpolitik, die politische Handlungsspielräume im Sinne einer möglichst umfassenden Verwirklichung normativ geforderter demokratischer Gesellschaftsgestaltung ausschöpft – auch dann, wenn dieses Ziel tiefgreifende und umfassende institutionelle Reformen erfordert. Eine Vertreterin effektiver Zeitpolitik erkennt jedoch auch an, dass eine Politik, die handlungsfähig bleiben will, sich strukturell gegebenen Beschleunigungszwängen nicht vollständig entziehen kann. Eine Theorie effektiver Zeitpolitik verbindet somit normative demokratiethoretische Überlegungen und sozialstrukturelle Argumente über die Grenzen gesellschaftlicher Gestaltbarkeit, um eine Antwort auf die Frage zu entwickeln, wie genuin demokratische Politik in Zeiten der Beschleunigung funktionieren kann.

---

15 Eine umfangreiche Diskussion um den Begriff und die Konzeptualisierung des Feldes der Zeitpolitik steht noch aus, vgl. dazu Weichert 2011, bes. Kap. I.1 u. III.2.

#### 4. Beschleunigung, Differenzierung und die Grenzen politischer Gestaltbarkeit

In einem ersten Schritt hat eine Theorie effektiver Zeitpolitik zu prüfen, welche Spielräume überhaupt für eine politische Gestaltung gesellschaftlicher Zeitressourcen zur Verfügung stehen. Rosa lässt wenig Zweifel an seiner Einschätzung dieser Frage: Aufgrund der funktionellen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme ist eine politische Gestaltung der sozialen Zeitstrukturen unmöglich. Wer für die Politik Gestaltungsspielräume neu erschließen wolle, verlange im Letzten „nicht nur die Rücknahme der funktionellen Differenzierung, sondern den Ausstieg aus dem Modernisierungsprozess überhaupt“ (488). Ist effektive Zeitpolitik also ein vergeblicher Kampf gegen die Windmühlen, ohne die die Moderne nicht zu denken ist?

Wer mit Rosa eine solch grundlegende Kritik an der prinzipiellen Möglichkeit effektiver Zeitpolitik üben möchte, ist auf ein starkes Differenzierungstheorem angewiesen, demzufolge keine Möglichkeit besteht, politische Einflussnahme auf gesellschaftliche Funktionssysteme so zu organisieren, dass deren Entwicklungsautonomie in Grenzen gewahrt bleibt. Es gibt gute Gründe, dieses starke Differenzierungstheorem in Zweifel zu ziehen und durch eine schwächere These zu ersetzen.

Rosas Verständnis von Differenzierungsprozessen ist erkennbar durch die Systemtheorie Luhmanns beeinflusst, die in der funktionalen Differenzierung das wesentliche Charakteristikum moderner Gesellschaften sieht (z. B. Luhmann 1997, Bd. 1, 42f.). Mit seiner Konzeption der Autopoiesis, der Reproduktion eines Systems allein aus den eigenen Bestandteilen heraus,<sup>16</sup> wie mit seiner Annahme, dass operativ geschlossene Systeme einander beobachten, aber nicht direkt miteinander kommunizieren und sich entsprechend nicht wechselseitig steuern können,<sup>17</sup> erscheint Luhmann zunächst als Gewährsmann eines starken Differenzierungstheorems. Doch dieser Ein-

16 Luhmann 1997, Bd. 1, 65: „Autopoietische Systeme sind Systeme, die nicht nur ihre Strukturen, sondern auch die Elemente, aus denen sie bestehen, im Netzwerk eben dieser Elemente selbst erzeugen.“

17 Luhmann 1997, Bd. 2, 753: „Wenn und soweit funktionale Differenzierung realisiert ist, kann mithin kein Funktionssystem die Funktion eines anderen übernehmen. Funktionssysteme sind selbstsubstitutive Ordnungen. Dabei setzt jedes voraus, daß die anderen Funktionen anderswo erfüllt werden. Insofern gibt es auch keine Möglichkeiten einer wechselseitigen Steuerung, weil dies bis zu einem gewissen Grade Funktionsübernahme implizieren würde.“

druck könnte täuschen. Wenngleich soziale Systeme operativ geschlossen sind, weil in ihnen jede Operation an vorherige systeminterne Selektionen anschließt, sind sie doch umwelttoffen und lassen sich durch Veränderungen in ihrer Umwelt irritieren (Luhmann 1997, Bd. 2, 789ff.). Sind diese Irritationen hinreichend stark und werden sie vom System als relevant erkannt und damit als Information prozessiert, nehmen diese Irritationen Einfluss auf weitere Operationen des Systems. Diese Einflussnahme ist nicht direkt steuernd, gleichwohl kausal wirksam.<sup>18</sup>

Luhmanns Verständnis von Differenzierung, so zeigen schon diese wenigen Überlegungen, ist komplex und facettenreich. Rosa legt an keiner Stelle eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Systemtheorie vor, die seiner Kritik an der Möglichkeit der politischen Gestaltung moderner Gesellschaften ein begrifflich präzise erfassbares Fundament verleihen würde. Somit bleibt unklar, wie genau er ein starkes Differenzierungstheorem begründen würde, das dazu geeignet wäre, seine These von der Unmöglichkeit einer genuin politischen Reaktion auf spätmoderne Beschleunigungszwänge zu plausibilisieren.

Verschiedene Einwände sind gegen ein starkes Verständnis funktionaler Differenzierung, wie Rosa es für seine These der Unmöglichkeit einer effektiven Zeitpolitik in Anspruch nehmen muss, erhoben worden. So wurde beispielsweise kritisiert, dass die engen Verflechtungen zwischen Teilsystemen – man denke an die Systeme Politik und Recht – in Differenzierungstheorien keine genügende Beachtung finden.<sup>19</sup> Auch wurde beanstandet, dass von starker Differenzierung ausgehende Gesellschaftstheorien nicht nach den Grenzen und Möglichkeiten teilsystemischer Interaktionen fragen, sondern vielmehr diese schon begrifflich ausschließen (Berger 2003, 227; Habermas 1998, 407).

Zwei weitere Einwände werden interessanterweise von Rosa selbst ausdrücklich geteilt. Erstens lasse sich die These der starken Ausdifferenzierung nicht pauschal für „die“ Moderne formulieren. Vielmehr sei in der Frühmoderne zunächst von den neuzeitlichen Territorialstaaten und damit von der Politik eine überragende Modernisierungskraft ausgegangen (Kap. IX, 311–329). Auch auf unsere Gegenwart scheint nach Rosas Annahme die

---

18 Vgl. zur Umwelttoffenheit von Systemen bei gleichzeitiger Geschlossenheit und Selbstreferentialität der Systemoperationen Luhmann 1984, 63f.

19 Ausführungen dieser Kritik finden sich bei Beck 1993, 286, Anm. 42; Greven 2000, 98f.; Berger 2003, 222, 224.

starke Differenzierungsthese nur begrenzt zuzutreffen, ist diese doch teilweise durch Prozesse der „Entdifferenzierung“ gekennzeichnet (z. B. 269, 306, 413, 441f.). Zweitens können Theorien starker funktioneller Differenzierung dem Selbstverständnis moderner Gesellschaften als in der Zeit demokratisch gestaltbare Projekte nicht angemessen Rechnung tragen. Sie können dieses Selbstverständnis nur als Epiphänomen, als gesellschaftlich notwendige Illusion abtun. Rosa selbst scheint dieses Problem zu erkennen, wenn er schreibt, er vertrete gegen Luhmann „die Auffassung, dass funktionale Differenzierung und politische Steuerung im Verständnis der Moderne zusammengedacht werden müssen“ (391).

Wenn die mit der Akzeptanz eines starken Differenzierungstheorems verbundene These einer strikten Trennung von Funktionssystemen wenig plausibel erscheint, wenn das Theorem zentrale Prozesse der frühen wie der späten Moderne und darüber hinaus ein fundamentales Element des modernen Selbstverständnisses nicht adäquat erfassen kann, wenn es schließlich Interaktionen zwischen Teilsystemen von vornherein begrifflich ausschließt, anstatt nach deren strukturell bedingten Begrenzungen zu fragen, dann spricht vieles dafür, das Theorem durch ein schwächeres Differenzierungstheorem zu ersetzen.

Ein solches schwächeres Verständnis funktionaler Differenzierung kann ausgehend von der Idee entwickelt werden, dass eine moderne Gesellschaft eine politische Gesellschaft ist,

weil in ihr *virtuell alles politisch ist* [...], weil nicht jeder Prozeß, jede Institution, Organisation oder auch Handlung oder Einstellung zu jeder Zeit direkt und manifest politisch ist, weil sie es aber unter den gegebenen Bedingungen in dieser Gesellschaft jederzeit werden könnten. Im Gegensatz dazu, was bestimmte Differenzierungstheorien direkt erklären oder implizit voraussetzen, gibt es in der politischen Gesellschaft keinen einzigen Bereich oder Aspekt, der prinzipiell der Politisierung entzogen wäre (Greven 2000, 96).

Politik kann als ein gesellschaftlicher Koordinationsbereich anerkannt werden, der insofern besonders ist, als in ihm fortwährend verhandelt wird, welche Sachfrage welchem gesellschaftlichen Teilsystem überantwortet werden soll. Innerhalb der Politik werden die Spielräume des politischen Teilsystems im engeren Sinne – d. h. dessen, was auch inhaltlich von der Politik entschieden wird – wie auch jene Spielräume anderer Teilsysteme festgelegt (vgl. Zürn 2013, 16–19).

Auf Grundlage eines solchen Verständnisses von Politik als Ort gesellschaftlicher Kompetenzkompetenz kann akzeptiert werden, dass in Folge von Prozessen gesellschaftlicher Differenzierung die Vorstellung von Politik als Sozialtechnik, die in alle gesellschaftlichen Bereiche bis in die einzelnen Details hinein „durchregiert“, inadäquat geworden ist – wenn sie denn jemals zutraf. Zugleich kann jedoch an der Idee eines besonderen Steuerungspotentials der Politik als übergeordnete Instanz für die Zuweisung von Sachfragen an Teilsysteme festgehalten werden. Diese Konzeption entspricht nicht nur dem politischen Selbstverständnis der westlichen Moderne, sondern erscheint *prima facie* auch empirisch plausibel. Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre wie auch der Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative eines gezeigt haben, dann ist dies die Bedeutung von politischer Stützung und (Fehl-)Steuerung für die Bereiche Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, die so gerne als Musterbeispiele beschleunigter, angeblich ganz ihren Eigenlogiken verhafteter Teilsysteme genannt werden. Zeitpolitisch gewendet: Politik kann den anderen Teilsystemen ihren Zeitrhythmus nicht diktieren oder auferlegen, aber doch durch Entscheidungen, durch das Setzen von Anreizen und Hürden, Einfluss auf deren Geschwindigkeit, auf die Ausgestaltung der teilsystemischen Zeitrhythmen nehmen.

Die Auseinandersetzung mit dem von Rosa in Anspruch genommenen starken Differenzierungstheorem verdeutlicht exemplarisch, wie eine Theorie effektiver Zeitpolitik die strukturellen Grenzen der Gestaltbarkeit von beschleunigten Gesellschaften herausarbeiten kann, anstatt auf Grundlage zweifelhafter soziologischer Prämissen die Unmöglichkeit von bedeutsamen politischen Reaktionen auf die Herausforderung der Beschleunigung zu postulieren.

## 5. Für eine effektive Zeitpolitik

Auf Grundlage der kritischen Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Befunden kann das zweite Element einer Theorie effektiver Zeitpolitik entwickelt werden. Auf welche Instrumente kann demokratische Politik zurückgreifen, um sich die zeitlichen Spielräume zu sichern, die sie für ihre Entscheidungsprozesse braucht? Und welchen Politikfeldern muss sie dabei besondere Aufmerksamkeit widmen, da diese für die Zunahme des Beschleunigungsdrucks in erheblichem Maße verantwortlich sind?

Eine Bemerkung sei dazu noch vorausgeschickt: Rosa hat jüngst mit *Resonanz* eine Antwort auf den eigenen soziologischen Beschleunigungs-

befund vorgelegt, die in einer Hinsicht überrascht (Rosa 2016). Die soziostrukturelle Seite der Beschleunigungsdiagnose ist in *Resonanz* überhaupt nicht mehr präsent.<sup>20</sup> *Resonanz* konzentriert sich ausschließlich auf die individuell-biographische Seite der Beschleunigung, d. h. auf den Veränderungsdruck, den Beschleunigungsphänomene auf die individuelle Lebensführung ausüben. Die Politik spielt insofern nur aus Sicht Einzelner eine Rolle, die sich in einer zunehmend von Sachzwängen und Alternativlosigkeit geprägten Politik nicht mehr angemessen gehört und ernst genommen fühlen (Rosa 2016, 362–380). Rosas Ansätze zur Lösung dieser Probleme – wie etwa die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (Rosa 2016, 729ff.) – bieten keine Antwort auf seine Diagnose einer an der Ausdifferenzierung und Autopoiesis gesellschaftlicher Teilsysteme scheiternden Politik und lassen die Frage des Umgangs mit dem hier diskutierten Problem unbeantwortet.

### 5.1. Befristung und Kompromisspolitik

Wir betrachten zunächst zwei Instrumente effektiver Zeitpolitik: die *Befristung* von Gesetzen und die *Kompromissbildung*. Während beide Instrumente Demokratien wohl vertraut sind, lässt sich doch oft eine negative Konnotation feststellen: Befristungen verstellen (ganz im Rosa'schen Sinne) großen politischen Gestaltungsentwürfen den Weg; Kompromisse werden gebildet, wenn ‚mehr‘ nicht möglich war – oft ist von „faulen“ Kompromissen die Rede.<sup>21</sup> Die folgenden Überlegungen zeigen, dass es gute zeitpolitische Gründe dafür gibt, diese negativen Einschätzungen zurückzuweisen.

20 Ähnlich auch Neuhann / Kaczynski 2016, 44. Gelegentlich scheinen Rosas Aussagen in *Resonanz* sogar in direktem Widerspruch zu seiner eigenen sozialstrukturellen Beschleunigungsdiagnose zu stehen. Vgl. etwa Rosa 2016, 380: „Das kulturell und verfassungsrechtlich verankerte *Primat der Politik* über die übrigen Wert- und Funktionssphären der Gesellschaft (wie die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kunst etc.) ist nicht einfach ein semantisches Überbleibsel ‚Alteuropas‘, wie die Systemtheorie nahelegt, sondern die gleichsam *funktional* unverzichtbare Voraussetzung dafür, eine konstitutive und unüberwindliche Entfremdung zwischen den Subjekten und den Strukturen, Institutionen und Bedingungen ihres Handelns oder, kurz: zwischen den Subjekten und der sozialen Welt zu vermeiden.“

21 Zur Wahrnehmung und Rolle von Kompromissen in der Politik s. Willems 2016, Kap. 7.

*Befristung.* Die Befristung von Gesetzen wird auch als *Sunset Legislation* bezeichnet. Indem legislative Akte mit einem ‚Verfallsdatum‘ versehen werden, gelten sie nur für einen bestimmten Zeitraum und müssen überprüft werden, bevor sie entweder bestätigt werden oder aber auslaufen und gegebenenfalls durch neue Regelungen ersetzt werden.<sup>22</sup> Befristungen von Gesetzen sind vor allem da üblich, wo die Legislative Kompetenzen an Institutionen der Exekutive übertragen hat (Kouroutakis / Ranchordás 2016, 34; Veit / Jantz 2011, 171ff.). Einer möglichen Lesart zufolge deutet dieser Umstand darauf hin, dass Befristungsmaßnahmen ein Paradebeispiel für die längst erfolgte Kapitulation der Politik vor der gesellschaftlichen Beschleunigung sind: Die zeiteffektiver agierende Exekutive muss einspringen, weil zeitaufwendige legislative Beratungs- und Beschlussfassungsprozesse nicht möglich sind. Befristungen werden als eine letzte, oft halbherzig genutzte Sicherung gegen eine Überstrapazierung der übertragenen Kompetenz gesehen. Hierbei gerät jedoch aus dem Blick, dass Befristungen ein Instrument sein können, mit dem sich unter Bedingungen einer Desynchronisation zwischen der Politik und anderen Gesellschaftsbereichen der Anspruch auf politische Gestaltungshoheit aktiv wieder einholen lässt.

Der zeitpolitische Sinn von Befristungen lässt sich wie folgt beschreiben. Die Politik trifft mit Blick auf ein Handlungsfeld eine Entscheidung, die mit der gesetzten Frist explizit als ein *Provisorium* definiert wird. Ein solches Provisorium erfüllt zwei wichtige Funktionen. Erstens wird demokratisches Entscheiden unter Zeitdruck erleichtert. Die Aussicht, dass es nach Ablauf der Frist eine neue Entscheidung geben wird, reduziert zum einen den Druck, in der ersten Entscheidung schon alle relevanten Erwägungen hinreichend einbeziehen zu müssen. Denn es besteht die Aussicht, etwaige Defizite jener unter Zeitdruck getroffenen Entscheidung in einer späteren Entscheidung korrigieren oder kompensieren zu können. Zum anderen gewinnen die Akteure Zeitressourcen für den weiteren politischen Prozess. Die Zeit nach dem Beschluss der ersten Entscheidung kann für Diskussionen geeigneter politischer Maßnahmen genutzt werden, in denen die Politik zunächst von akutem Handlungsdruck befreit ist. Weil das Provisorium politisches Handeln ermöglicht und gleichzeitig ein Zeitfenster bestimmt hat, in dem *nicht* neu entschieden wird, kann sich die Politik Zeit für politische Debatten nehmen, auf die genuin demokratisches Entscheiden angewiesen ist.

---

22 Für einen Überblick s. Ranchordás 2014.

Zweitens sichert die Befristung der Politik zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten. Dadurch, dass explizit ‚nur‘ eine provisorische Entscheidung beschlossen wird, ist schon zum Zeitpunkt der Entscheidung festgelegt, dass das letzte Wort politisch noch nicht gesprochen ist. Auch dies ist zeitpolitisch von enormer Bedeutung: Politische Akteure machen deutlich, dass sie ihre Auseinandersetzung für unabgeschlossen halten, die politische Diskussion fortsetzen möchten und sich vorbehalten, die provisorische Regelung zu ändern, zu erweitern oder zu bestätigen. Der Gesetzgeber hält so bewusst bestimmte Themen auf der politischen Agenda und artikuliert explizit seinen Anspruch auf Zuständigkeit in der Regulierung. Damit sind Befristungen ein Weg, über den der politische Anspruch auf Gestaltungskompetenz unter besonderer Anerkennung des Umstandes geltend gemacht werden kann, dass gesellschaftliche Beschleunigungsphänomene eine Dynamik haben, die der zu einem bestimmten Zeitpunkt gefragten Bewertungskompetenz Grenzen setzt. Akteure in anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern werden das in ihren Planungen berücksichtigen müssen und voraussichtlich ein Interesse daran haben, die Kommunikationskanäle zu den politisch Verantwortlichen aufrechtzuerhalten.

*Kompromiss.* Das Kernmerkmal eines Kompromisses ist, dass er auf wechselseitigen Zugeständnissen unter konfligierenden Positionen beruht (Wendt 2013, 577; Willems 2016, 248f.). Kompromisse kommen zustande, wenn sich Konfliktparteien nicht einigen können, was die beste Lösung für den strittigen Gegenstand ist, aber durch wechselseitige Zugeständnisse eine für alle Beteiligten akzeptable Einigung generieren. In der politischen Theorie findet der Kompromiss vermehrt Interesse als ein besonders realistisches und dennoch mit normativen Ansprüchen (Reziprozität, Fairness) verknüpftes Konzept politischer Entscheidungsfindung (vgl. etwa Gutmann / Thompson 2012; Margalit 2010; May 2005, Wendt 2016). Kompromisse sind für eine Zeitpolitik attraktiv, da eine an Kompromissen orientierte Politik über Potentiale verfügt, den Anspruch auf politische Gestaltungskompetenz unter Berücksichtigung von Bewertungsunsicherheit und gesellschaftlicher Pluralisierung zu realisieren. Die zentrale Implikation dieser Umstände ist, dass es entweder gar nicht mehr möglich ist, konsentiertere Lösungen für strittige politische Fragen zu finden, oder die Genese konsentierter Lösungen zumindest einen so zeitintensiven Prozess erforderlich macht, dass sich eine Politik, die nach solchen Lösungen strebt, tatsächlich von den gesellschaftlichen Prozessen, die sie regulieren soll, entkoppelt.

Wird aber das Ziel einer Konsensfindung ausgesetzt und durch das einer Kompromissfindung ersetzt, bleibt die Politik kurzfristig handlungsfähig. Weil sie zwar Zugeständnisse, jedoch keine umfassende Übereinkunft unter den Konfliktparteien erfordern, ermöglichen Kompromisse Einigungen, wo sich die relevanten Dissense (noch) als hartnäckig erweisen. Auch kann es politischen Akteuren leichter gemacht werden, schnelle Einigungen zu erzielen, wenn von allen Beteiligten und der politischen Öffentlichkeit von vornherein nicht mehr als ein Kompromiss erwartet wird. Politikerinnen und Politiker sehen sich weniger genötigt, aus Angst vor dem Vorwurf ihrer Anhängerschaft, die eigenen Werte und Überzeugungen verraten zu haben, so lange weiter zu verhandeln, bis sie sich durchgesetzt haben, da allen Beteiligten klar ist, dass sie Zugeständnisse machen müssen. Schließlich wirkt politische Entscheidungsfindung qua Kompromiss zeitpolitisch auch mittelfristig effektiv. Weil die beteiligten politischen Akteure in der Kompromisslösung ihre Positionen und Überzeugungen nicht umfassend realisieren – die getroffene Regelung also Aspekte enthält, die sie gerne wieder ändern –, wird es ihnen zu einem späteren Zeitpunkt leichter fallen, sich auf eine Neuverhandlung des betreffenden Gegenstandes einzulassen. Mit dem Pragmatismus, der dem Kompromissbildern inhärent ist, geht in besonderer Weise die Bereitschaft einher, veränderte Kontextbedingungen zum Anlass für neues politisches Entscheiden zu nehmen.

Zwar beanspruchen auch politische Prozesse, die mit Befristungen und Kompromissen arbeiten, eine gewisse Zeit. Aber sie antworten auf die Herausforderung der Beschleunigung, weil sie zeitpolitisch effektiv Bedingungen und Formen demokratischer Entscheidungsfindung verändern: Befristungen sind ein Instrument, um zusätzliche Zeitressourcen für demokratische Prozesse zu gewinnen; Kompromisse ermöglichen beschleunigtes politisches Entscheiden. Demokratietheoretische Kritiker dieser Instrumente könnten behaupten, dass mit diesen Instrumenten demokratische Gestaltungsansprüche – der Anspruch, die Gesellschaft nach von der Bürgerschaft entwickelten „großen Entwürfen“ umfassend zu gestalten – weit zurückgenommen werden. Diese Kritik überzeugt erstens so lange nicht, wie nicht gezeigt worden ist, dass eine solche Form politischer Gesellschaftsgestaltung unter Bedingungen der Beschleunigung überhaupt noch möglich ist. Zweitens erscheint das in dieser Kritik in Anspruch genommene Demokratieverständnis selbst normativ fragwürdig. Ist es nicht gerade das genuin Kleinteilige und Provisorische einer mit Befristungen und Kompromissen arbeitenden Zeitpolitik, welches diese zu einer genuin demokratischen Po-

litik macht – so wie sich, je nach Kontexten, demokratische Mehrheiten ändern können, Bürgerinnen und Bürger zu neuen Überzeugungen kommen und neue Politikformen erproben? Eine mit Befristungen und Kompromissen operierende Zeitpolitik setzt der gesellschaftlichen Beschleunigung eine widerständige Praxis entgegen, die die Idee kollektiver politischer Selbstbestimmung und das Erfordernis, Regeln demokratisch zu legitimieren, verteidigt, anstatt sie in Anbetracht von Beschleunigungsprozessen aufzugeben oder demokratietheoretischen Visionen ohne reale Anwendungsmöglichkeit nachzuhängen.

### 5.2. Globalisierung und Beschleunigung

Für das Projekt einer effektiven Zeitpolitik ist zweitens der Zusammenhang von Globalisierung und Beschleunigung von entscheidender Bedeutung. Globalisierung ist nach Rosa temporalanalytisch zu verstehen als ein erneuter Beschleunigungsschub, der spätestens mit den 1980er Jahren einsetzt und zu dessen zentralen Entwicklungslinien der politische Umbruch von 1989, die digitale Revolution und ökonomische Neuerungen hin zu einem grenzenlosen globalen Kapitalverkehr und das Entstehen enorm eng getakteter wirtschaftlicher Zeitregimes („Turbo-Kapitalismus“) zu rechnen sind (335f.). Wo die Globalisierung als politisches Projekt gelesen werde, müsse sie, so Rosa, als Ende der Politik, als „eine Politik zur Beseitigung des demokratischen Steuerungsanspruchs der Moderne“ (351) verstanden werden. Da die Staaten auf das frei fließende globale Kapital angewiesen seien, bliebe der Politik nichts anderes übrig als die „Beseitigung politischer *Regulierungs- und Steuerungsansprüche*“ (350) mit dem Ziel, Kapital in den eigenen Einflussbereich zu locken.

Eine von der Möglichkeit effektiver Zeitpolitik ausgehende Kritik sollte nicht bei der Diagnose Rosas, sondern bei dem Versäumnis ansetzen, strukturelle Alternativen zur bestehenden internationalen Ordnung aufzuzeigen, welche die These vom Ende demokratischer Politik verfrüht erscheinen lassen. Dass die *gegenwärtige* internationale Ordnung, in der große Unternehmen beliebig Produktionsstätten verlegen und ihre Hauptsitze in Steueroasen errichten können, Deregulierung vielen als unausweichlich erscheinen lässt, ist die eine Sache. Die Möglichkeit einer internationalen Steuergesetzgebung, die eben solche Bewegungen unterbindet, steht auf einem anderen Blatt. Zwar führt die Globalisierung derzeit mit ihren Beschleunigungseffekten zu einer „wachsenden Überlegenheit des Kapitals über die Arbeit“ (346). Aber das heißt nicht, dass es kein wirksames, international

gültiges und v.a. implementiertes Arbeitsrecht geben könnte, das dieser Entwicklung entgegenwirkt, indem es „dem Kapital“ das Einhalten bestimmter Arbeitsstandards an allen Orten der Welt und zu jeder Zeit vorschreibt. Die Gegenwart offenbart, anders als Rosa anzunehmen scheint, nicht das Ende aller Politik, sondern die *Dysfunktionalität bestehender (Un-)Ordnung*.<sup>23</sup>

Globalisierung mag das Resultat gesellschaftlicher Beschleunigungsprozesse sein und selbst zur weiteren Beschleunigung beitragen; die aus der Globalisierung resultierenden sozioökonomischen und ökologischen Herausforderungen sind deswegen noch lange nicht unausweichlich. An dieser Stelle werden die Schwierigkeiten einer Beschleunigungsanalyse offenkundig, die den Bereich inter- und transnationaler Organisationen und Strukturen unberücksichtigt lässt. Internationale Politik kommt bei Rosa praktisch nicht vor.<sup>24</sup> Erst eine sorgfältige Analyse der in diesem Feld bestehenden Probleme wie Chancen kann ein Urteil über die Möglichkeiten politischer Steuerung von Beschleunigungsphänomenen auf globaler Ebene angemessen fundieren. Für eine Theorie effektiver Zeitpolitik, die das Problem der Beschleunigung ernst nehmen und zugleich an bestimmten normativen Ansprüchen an demokratische Politikprozesse festhalten will, bedeutet dies, dass sie sich mit Fragen internationaler Ordnung auseinandersetzen muss. Zu fragen ist, welche globalen Beschleunigungsphänomene direkte Konsequenzen unterentwickelter *global governance* sind und welche Beschleunigungsprozesse eine starke globale Ordnung verlangsamen, politisch gestalten oder zumindest in ihren sozioökonomischen Konsequenzen abmildern könnte.

Skeptiker werden solchen Versuchen einen naiven Utopismus unterstellen. Dem ist natürlich zunächst entgegenzuhalten, dass es die Aufgabe politischer Philosophie ist, die Gegenwart mit alternativen Ordnungsmodellen zu konfrontieren, mit Konzeptionen dessen, wie es sein könnte – gerade dann, wenn das, was ist, in vielen Hinsichten unhaltbar erscheint. Vor allem jedoch zeigen die historischen Entwicklungen, insbesondere seit 1945, mit

---

23 Sozialwissenschaftliche Analysen zu den Gründen der massiven Schwächen internationaler Ordnung und zu den enormen Herausforderungen, die die Globalisierung an die Lernfähigkeit politischer Organisationen stellt, liegen längst vor. Vgl. etwa Messner 2005, 44–50.

24 Wo sie am Rande erwähnt wird, wird in ihr ausschließlich ein Beitrag zu weiterer Beschleunigung gesehen, Aspekte wie die Festsetzung bestimmter Standards und die Garantie bestimmter Rechte kommen nicht vor, vgl. z. B. Rosa 2016, 714.

der Zunahme von internationalen Regulierungen zahlreicher Rechts- und Gesellschaftsbereiche, die zahllosen multilateralen Abkommen und internationalen Organisationen allen Misserfolgen und aller Kritikwürdigkeit zum Trotz, dass längst versucht wird, mittels internationaler Regulierung Problemkomplexe zu bewältigen, die sich nationaler Steuerung entziehen.<sup>25</sup> Die zunehmende Politisierung des Feldes der internationalen Beziehungen, der wachsende Einfluss von Nichtregierungsorganisationen und die Diskussionen um mangelnde demokratische Legitimation internationaler Regimes belegen, dass auch in diesem Bereich das Ideal moderner, demokratischer Politik lebendig ist und in mancher Hinsicht an Einfluss gewinnt.<sup>26</sup> Die Grenzen der Bewältigung globaler Beschleunigungsprozesse lassen sich nur durch eine kritische Reflexion der Potentiale globaler Ordnungspolitik bestimmen.

## 6. Ausblick

Wir haben Möglichkeiten und Wege skizziert, wie die politische Philosophie auf die zeitsoziologische Herausforderung reagieren kann. Die Schwierigkeiten, die ein Abschied von Vorstellungen von Politik als langfristiger Gesellschaftsgestaltung und die Erarbeitung neuer, auf zeitlich begrenzte Kompromisse abzielender Politikformen mit sich bringen, sollen an dieser Stelle ebenso wenig bestritten werden wie die kaum zu überschätzenden Hürden, die sich einer adäquaten Institutionalisierung der Globalisierung in den Weg stellen. Dennoch lohnen sich theoretische Erkundungen dieser Strategien und Felder effektiver Zeitpolitik. Gemeinsam ist ihnen, der Politik die zeitlichen Ressourcen zu sichern, auf die sie zwingend angewiesen ist, wenn sie auf eine Art und Weise gestaltet werden soll, die die Bezeichnung

---

25 Welche Mechanismen, multilateralen Kooperationen und Handlungsstrategien geeignet sind, die Auswirkungen der Globalisierung zu gestalten und unkontrolliertem Wildwuchs zu begegnen, steht im Mittelpunkt der breiten Debatte um *Global Governance*. Vgl. etwa Behrens 2005. Der Blick in die Geschichte verdeutlicht, in welchem Ausmaß sich im letzten Jahrhundert in unterschiedlichen Politikfeldern Organisationen und Strukturen globaler Politikgestaltung herausgebildet haben. Vgl. dazu als Überblick Herren 2009, zu Prozessen zunehmender globaler Verrechtlichung Pfeil 2011, der trotz immer wiederkehrender Rückschläge und einer beobachtbaren „Dialektik von Verrechtlichung und Entrechtlichung“ zu dem Schluss kommt, dass die Verrechtlichung internationaler Politik ungebrochen voranschreite.

26 Zur Politisierung internationaler Politik vgl. die Beiträge in Zürn / Ecker-Ehrhardt 2013.

„demokratisch“ verdient. Selbst wenn sich einer oder mehrere der skizzierten zeitpolitischen Wege nach eingehenderer Untersuchung als schwer begehbar erweisen sollten: Die Alternativen, entweder die Unmöglichkeit demokratischer Politik als unabänderliche soziostrukturelle Notwendigkeit zu akzeptieren oder aber abstrakte politische Philosophie zu betreiben, die sich herausfordernden empirischen Befunden nicht stellt, sind sicherlich nicht vielversprechender.<sup>27</sup>

## Literatur

- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Behrens, Maria (Hg.) (2005): *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger, Johannes (2003): Neuerliche Anfragen an die Theorie der funktionalen Differenzierung. In: *Beobachter der Moderne. Beiträge zu Niklas Luhmanns ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘*, hg. von Hans-Joachim Giegel / Uwe Schimank. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 207–230.
- Besson, Samantha / Martí, José Luis (Hg.) (2017): *Deliberative Democracy and its Discontents*. Aldershot: Ashgate.
- Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten. In: *Demokratie? Eine Debatte*. Mit Beiträgen von G. Agamben, A. Badiou, D. Bensaïd, W. Brown, J.-L. Nancy, J.-Rancière, K. Ross und S. Žižek. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 55–71.
- Buchstein, Hubertus (2016): *Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag*. Wiesbaden: Springer VS.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1998): *Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Flügel-Martinsen, Oliver / Gaus, Daniel / Hitzel-Cassagnes, Tanja / Martinsen, Franziska (Hg.) (2014): *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation* (Fs. Rainer Schmalz-Bruns). Wiesbaden: Springer VS.

27 Dieser Aufsatz hat von der Diskussion früherer Fassungen auf dem *Workshop für politische Philosophie* in Flensburg im Juli 2017 und im *Jour Fixe* der DFG-Kollegforschergruppe „Theoretische Grundfragen der Normenbegründung in Medizinethik und Biopolitik“ in Münster im November 2017 profitieren können. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Diskussionsrunden sowie Maximilian Kiener, Esther Lea Neuhann und zwei anonymen Gutachtern der *Zeitschrift für Praktische Philosophie* möchten wir herzlich für ihre wertvollen Anregungen und hilfreichen Kritiken danken.

- Goodin, Robert E. (2008): *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice After the Deliberative Turn*. Oxford: Oxford University Press.
- Greven, Michael (2000): *Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft*. Opladen: Leske & Budrich.
- Grönlund, Kimmo / Bächtiger, André / Setälä, Maija (Hg.) (2014): *Deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the Democratic Process*. Colchester: ECPR Press.
- Gutmann, Amy / Thompson, Dennis (2012): *The Spirit of Compromise. Why Governing Demands It and Campaigning Undermines It*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Herren, Madeleine (2009): *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*. Darmstadt: WBG.
- Koselleck, Reinhart (1989): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kouroutakis, Antonios / Ranchordás, Sofia (2016): Snoozing Democracy: Sunset Clauses, De-Juridification, and Emergencies. In: *Minnesota Journal of International Law* 25/1, 29–77.
- Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie. In: *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*, hg. von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritz u. Gary S. Schaal. Wiesbaden: Springer VS, 355–385.
- Landwehr, Claudia / Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.) (2014): *Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik*. Baden-Baden: Nomos.
- Locke, John (2007): *Zweite Abhandlung über die Regierung*, hg. u. komm. v. Ludwig Siep. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lübbe, Hermann (<sup>3</sup>2003): *Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart*. Berlin: Springer.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Margalit, Avishai (2010): *On Compromise and Rotten Compromise*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- May, Simon Cabuela (2005): Principled Compromise and the Abortion Controversy. In: *Philosophy and Public Affairs* 33/4, 317–348.

- Messner, Dirk (2005): Global Governance. Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*, hg. v. Maria Behrens. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 22–54.
- Nassehi, Armin (1993): *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neuhann, Esther Lea / Kaczynski, Ronan (2016): Rez. zu Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. In: *Zeitschrift für philosophische Literatur* 4/3.
- Nowotny, Helga (1993): *Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pfeil, Florian (2011): *Globale Verrechtlichung. Global Governance und die Konstitutionalisierung des internationalen Rechtes*. Baden-Baden: Nomos.
- Ranchordás, Sofia (2014): *Constitutional Sunsets and Experimental Legislation. A Comparative Perspective*. Cheltenham: Elgar.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2012): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2013): *Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Scheuerman, William E. (2004): *Liberal Democracy and the Social Acceleration of Time*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Veit, Sylvia / Jantz, Bastian (2011): Sunset Legislation als Instrument der besseren Rechtsetzung: Wunderwaffe oder stumpfes Schwert? In: *Schweizer Jahrbuch der Verwaltungswissenschaften* 2/1, 167–179.
- Weichert, Nils (2011): *Zeitpolitik. Legitimation und Reichweite eines neuen Politikfeldes*. Baden-Baden: Nomos.
- Wendt, Fabian (2013): Peace beyond Compromise. In: *Critical Review of Social and Political Philosophy* 16/4, 573–593.
- Wendt, Fabian (2016): *Compromise, Peace and Public Justification. Political Morality Beyond Justice*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Willems, Ulrich (2016): *Wertkonflikte als Herausforderung der Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zürn, Michael (2013): Politisierung als Konzept der Internationalen Beziehungen. In: *Die Politisierung der Weltpolitik*, hg. v. dems. u. Matthias Ecker-Ehrhardt. Berlin: Suhrkamp, 7–35.
- Zürn, Michael / Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hg.) (2013): *Die Politisierung der Weltpolitik*. Berlin: Suhrkamp.

